

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/159

22. August 1974

Hat die NATO im Zypern-Konflikt versagt?

Nüchterne und realistische Bewertungen erforderlich

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied der Bundestageausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung

Seite 1 / 32 Zeilen

Mit Kanonenschlägen ist es nicht getan!

Über allem steht die Hilfe für die Menschen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 62 Zeilen

Eine notwendige Klarstellung

Baden-Württemberg und das Krankenhausfinanzierungsgesetz

Von Dr. med. Hans Bardens MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte

Seite 4 / 43 Zeilen

Nur der Schatten eines Dregger-Kabinetts

Die personelle Situation der hessischen EDU im Landtagswahlkampf

Von Willi Görlich MdL
Fraktionsvorsitzender der SPD im hessischen Landtag

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presserhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 88 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Hat die NATO im Zypern-Konflikt versagt?

Nüchterne und realistische Bewertungen erforderlich

Von Alfons Fawelczyk MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung

Der Warschauer Pakt wurde durch Einsatz sowjetischer Truppen gegen Warschauer Paktstaaten und die Breschnjew-Doktrin zusammengehalten. CENTO und SEATO sind zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Die NATO erlebt seit 25 Jahren zur Zeit ihre erste große Krise. Das ist im Vergleich zu den anderen Paktsystemen keine schlechte Bilanz. Das sollten auch die Kritiker nicht übersehen, die der NATO Versagen im Zypern-Konflikt vorwerfen.

Diese Urteile sind zu vorschnell. Schließlich handelt es sich um ein Bündnis von 15 Staaten, die sich trotz NATO-Vertrag nationale Handlungsfreiheit vorbehalten haben. Der Vertrag sieht keine Möglichkeit vor, Mitglieder mit Gewaltmitteln zur Räson zu bringen. Bei nüchterner Betrachtung hätte jedem klar sein müssen, daß diese Konstruktion für Konfliktregelungen zwischen Bündnispartnern keine wirksamen Mittel vorsieht. Unterschiedliche Interessen müssen durch politischen Kompromiß geregelt werden. Daß zwischen den 15 Vertragspartnern Interessengegensätze auftreten können, ist klar. Bei völliger Interessenidentität hätte es des Bündnisses nicht bedurft.

Der Warschauer Pakt besteht genauso lange wie die NATO. Haben die NATO-Kritiker völlig vergessen, welche für uns alle gefährlichen Krisen den Warschauer Pakt erschütterten? Am 17. Juni 1953 griffen sowjetische Truppen in Ost-Berlin ein, im Herbst 1956 in Ungarn, im August 1968 in der CSSR. Die Warschauer Paktstaaten mußten die Breschnjew-Doktrin akzeptieren.

Man soll die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Türkei und Griechenland nicht bagatellisieren. Nur wer von der Notwendigkeit der NATO überzeugt ist, muß nüchtern und realistisch bewerten. Für uns kommt es jetzt darauf an, Griechenland den Weg zurück an den NATO-Tisch zu erleichtern. Wir, die übrigen NATO-Staaten, müssen bei allen Erklärungen und Maßnahmen darauf achten, daß die Entwicklung an der Südfanke nicht zu einem automatischen Handlungsablauf eskaliert, der die allmähliche Normalisierung zwischen Griechenland und Türkei unmöglich macht.
(-/22.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Mit Kanonenschlägen ist es nicht getan!

Über allem steht die Hilfe für die Menschen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Verfolgt man die Meldungen und Kommentare der Zeitungen des Springer-Verlages und die Ausführungen von Fernsehkommentatoren, die der Union angehören oder nahe stehen, bezüglich der Auseinandersetzungen um die Transitwege und die Fluchthelferprozesse, so spürt man dort vielfach unverkennbar den Genuß, einmal so richtig mit schwerem Geschütz gegen die DDR und die UdSSR auffahren und dazwischenhalten zu können. Nahezu täglich kommen aus diesen Kreisen Vorschläge, wie man den beiden Mächten mores lehren könnte. Das fängt an bei Anregungen zu Repressalien im Interzonenhandel, geht weiter über die Forderung nach der Herausgabe von Weißbüchern und reicht bis zu Vorschlägen auf massive Drohungen, die KSZE-Verhandlungen abzuwürgen. Mit der Zusammenstellung von Anklagekatalogen ist man da schnell bei der Hand, ohne genau zu prüfen, ob sie wirklich auch so stichhaltig sind, wie man den Anschein zu erwecken versucht. Drohungen von Zeitungen und Presseagenturen, Reden von sowjetischen oder DDR-Politikern auf Parteiveranstaltungen, mißbräuchliche Bezeichnungen der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in DDR-Organen sind jedoch keine offiziellen Handlungen der DDR oder der UdSSR, so unangenehm wir sie finden und wie ich meine, mit Recht finden. Sie entsprechen sicherlich nicht dem Geist des Vertrages. Sie rechtfertigen aber nicht die Kanonenschläge, die die CDU/CSU will, weil sie dann leicht zu Schüssen werden können, die nach hinten los gehen.

Solange die CDU/CSU in der Verantwortung war, hat sie auch erfahren müssen, daß man bei politischen Prozessen in der DDR mit Paukenschlägen nichts erreicht. Sie hat sich bemüht, durch ihren damaligen gesamtdeutschen Minister Dr. Barzel den Betroffenen durch Verhandlungen zu helfen, die man mit dem größten Maß an Geheimhaltung umgab. Daß der eingeräumte Swing im Interzonenhandel auch von der ökonomischen Seite her manche Bedenken verursacht, hat man erst kürzlich einmal deutlich gemacht. Aber wer will wohl wieder einen Rückfall in die Zeit der sogenannten "Störfreimachung des Handels" oder bildet sich gar ein, mit wirtschaftlichem Druck auf die DDR politische Zugeständnisse erreichen zu können? Was schließlich

die KSZE anbelangt, so muß die CDU/CSU schon sagen, ob sie bereit wäre, für die Bundesrepublik das Odium auf sich zu nehmen, Ursache des Scheiterns dieser Konferenz gewesen zu sein!

Mit markigen Worten Ostpolitik zu machen, mag zwar manchen Deutschen, die noch heute von jenen Zeiten träumen, da wir Politik mit Kanonenbooten und Feldmarschällen machten, als die einzig richtige Art dieser Politik erscheinen. Will man jedoch Menschen wirklich helfen, die in schwierigen Lagen sind, will man knifflige politische Probleme lösen, so tut man das besser nicht mit Paukenschlägen, sondern mit Geduld. Daß diese Methode nicht ganz und gar falsch ist, wie manche CDU/CSU-Politiker das uns einreden möchten, dafür gibt es Beweise. Daß man sie nicht immer gleich mit Pausen verkünden kann, um der Menschen willen, denen da im Stillen geholfen wird, ist kein Beweis für eine falsche Art, die Dinge zu behandeln.

Gewiß, es hat von Seiten der DDR nicht an Versuchen gefehlt, an Positionen des Grundlagenvertrages zu kratzen, die ihr nicht in den Kram passen. Es gibt auch, das wird niemand bestreiten wollen, echte Verletzungen des Geistes und des Buchstabens der Verträge, sowohl von Seiten der DDR als auch der UdSSR. Es ist unsere Pflicht, wo das erkennbar ist, laut und vernehmlich dagegen vorzugehen. Aber dabei muß es Nuancierungen geben, die von den Tatbeständen und ihrem Gewicht und von der Rechtsgrundlage unserer Position her beeinflußt sind. Unsere Proteste und unsere Handlungen müssen dabei vor allem von der Wahl der richtigen Sprache und der richtigen Mittel bestimmt sein. Wer meint, mit permanenten Anklagen, mit Anschuldigungen der anderen Seite als grundsätzlich unzuverlässiger Vertragspartner und als vertragsunwürdig, positive Reaktionen für uns erreichen zu können, der soll nicht sagen, daß er auch eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen wolle. Solche Feststellungen sind dann nur Wortgeklüngel und sonst nichts. Vor allem aber treffen sie die Menschen, die in die Mühlsteine des Ost-West-Gegensatzes geraten sind. Ihnen aber zu helfen, ist die erste Aufgabe, die uns gestellt ist, wenn wir es ehrlich mit dem meinen, was wir reden! (-/22.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Eine notwendige Klarstellung

Baden-Württemberg und das Krankenhausfinanzierungsgesetz

Von Dr. med. Hans Bardens MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte

Das von der Bundesregierung gegen den Willen der Unions-Parteien durchgesetzte Krankenhausfinanzierungsgesetz vom 29. Juli 1972 wird von der baden-württembergischen Landesregierung seit neuestem als unzureichend angefeindet. Dabei wirkt die Argumentation, mit der den Leistungen des Bundes nach diesem Gesetz Mangelhaftigkeiten unterstellt werden, unaufrichtig.

Da wird zunächst behauptet, daß der Bund einen immer geringeren Anteil an den Investitionskosten für Krankenhäuser übernehme, die Länder und Gemeinden hingegen würden immer stärker belastet. Wie ist die Sachlage? Bund, Länder und Gemeinden teilen sich die Krankenhausinvestitionskosten zu je einem Drittel. Der Bund hat dabei allerdings seinen Kostenanteil für Neubauten begrenzt. Mit gutem Grund, denn er hat auf die Planung solcher Neubauten keinen Einfluß. Auf eine kleine Anfrage von SPD-Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag hierzu hat die Landesregierung erklärt, daß der Bund in den Jahren 1972 und 1973 insgesamt 194 Millionen DM an das Land für die Krankenhausfinanzierung gezahlt habe. Das Land hat aber - nach eigenen Angaben - 410 Millionen an die Krankenhausträger ausbezahlt. Also 194 Millionen der Bund und 216 Millionen Land und Gemeinden bei eigentlich vorgesehener Drittelung der Kosten. Ich meine, die Bundesleistungen könnten sich sehen lassen.

Dann wird frank und frei behauptet, die Krankenhausträger hätten keine Eigenleistungen mehr zu erbringen, weil die öffentliche Hand die Investitionskosten, die Patienten mit ihren Pflegesätzen die Grundstücks-, Erschließungs- und Benutzerkosten aufbrächten. Steht aber nicht ausdrücklich im Krankenhausfinanzierungsgesetz, daß Grundstücks- und Erschließungskosten weder von der öffentlichen Hand als Investitionskosten getragen noch über die Pflegesätze abgerechnet werden können, sondern echte Eigenleistungen der Krankenhausträger darstellen? Ich meine, wer an einem Gesetz herumnörgelt, sollte es zuerst einmal gelesen haben.

Da erklärt doch diese Stuttgarter Landesregierung ohne jeden Skrupel, daß die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch die öffentliche Hand sich nach dem objektiven Bedarf richten müsse; deshalb seien auch alle Bundesländer dabei, die im Gesetz vorgeschriebenen Krankenhausbedarfspläne zu erarbeiten. Und dies, obwohl sie weiß, daß alle Bundesländer diese Pläne seit geraumer Zeit fertiggestellt haben, außer einem natürlich: Baden-Württemberg! Wer keine Ordnung im eigenen Haus hat, darf sich nicht wundern, wenn dies ein Durcheinander in den Finanzen mit sich bringt. Der darf aber auch nicht den anderen die Schuld geben.

Wer, anstatt der Wahrheit die Ehre zu geben, sie manipuliert, der darf sich nicht wundern, wenn man seinen Anliegen und Forderungen mit berechtigter Skepsis begegnet.

(-/22.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Nur der Schatten eines Dregger-Kabinetts

Die personelle Situation der hessischen CDU im Landtagewahlkampf

Von Willi Görlich MdL

Fraktionsvorsitzender der SPD im hessischen Landtag

Manchem CDU-Politiker in Hessen dürfte die Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition in Wiesbaden sehr lieb sein, weil ihm das vielen politischen Ärger und persönliche Querelen ersparen wird. Denn in einem Kabinett des Dr. Alfred Dregger würden die unterschiedlichen politischen Standorte einzelner CDU-Spitzenfunktionäre sehr rasch zu Polarisierungen führen.

Schon jetzt ist deutlich geworden, daß Dregger große Schwierigkeiten hat, seine Kabinettsmannschaft zusammenzubekommen. Es ist keineswegs taktisches Geschick, sondern der Zwang der Umstände, wenn er sagt, sein "Schattenkabinett" werde er erst nach der Wahl bekanntgeben. Bis zur vergangenen Woche ging man in Hessen davon aus, daß er schon jetzt die einzelnen Ministeraspiranten seiner Wahl nennen würde. Gespannt fuhren Journalisten in die entlegene Rhön-Gaststätte "Grashof" im Landkreis Fulda, um von Dr. Dregger die, wie es in der Einladung hieß, "personalpolitische Präzisierung" für ein CDU-Kabinett zu erfahren. Sie erlebten eine Enttäuschung. Es gab kein Konzept. Lediglich die bereits als Kultusminister-Aspirantin genannte rheinland-pfälzische Staatssekretärin Marie-Luise Laurien wurde als ganz sichere Kandidatin für dieses Ressort benannt. Dregger mußte freilich gleichzeitig deren hessischen Gegenpart und langjährigen kulturpolitischen CDU-Sprecher, Dr. Christian Schwarz-Schilling, als sicheren Anwärter für ein Ministeramt in einem Kabinett unter seiner Führung nennen. Zu stark war die Verstimmung in der CDU über den Alleingang Dreggers auf der Suche nach einem profilierten Kulturpolitiker gewesen.

Mehr personalpolitische Präzisierungen gebe es nicht, wird es nicht geben und kann es auch nicht geben. Denn die meisten Spitzenpolitiker der CDU in Hessen haben ein zweiseitiges Verhältnis zu Dregger und seinen politischen Ansichten. Zwar gehören einige zur 13köpfigen Führungsmannschaft, aber da der Wahlsieg in weite Ferne gerückt ist, ist offensicht-

lich eine allzu deutliche Identifizierung mit dem rechtsstehenden Parteivorsitzenden keineswegs ein schmückendes Karriereabzeichen - weder für das CDU-Vorstandemitglied Walter Leisler Kiep MdB, dessen ostpolitische Vorstellungen denen Dreggers diametral entgegenstehen, noch für den Sozialsekretär und Mann der "Sozialausschüsse christlicher Arbeitnehmer" Karl Heinz Trageser. Die Verleumdungskampagne der um hessische CDU-Politiker gescharten "Gruppe 76" gegen Leisler Kiep ist ebensowenig in Vergessenheit geraten wie Dreggers Attacken gegen die von den Sozialausschüssen geforderte Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Zwar zeigt sich die CDU-Mannschaft auf Fotos lächelnd in der Pose der Eintracht. Aber das ändert nichts daran, daß sich elf Männer und zwei Frauen zusammengetan haben, die nur die Schatten eines Kabinetts sein können: die einen, loyale Mitglieder der Partei, denen es schwer werden würde, überhaupt in eine Regierung Dregger aufgenommen zu werden; die anderen, karrierebewußte, stramme Opportunisten, denen selbst Dregger nicht über den Weg traut, was ihre fachliche Kompetenz betrifft, und noch eine dritte Gruppe, die auf eine CDU hofft, die ihre Politik nicht mehr länger allein am Interesse der Privilegierten ausrichtet.

"Jetzt wählen wir Sicherheit" ist das Motto der CDU für die Landtagswahl am 27. Oktober. Es hat den Anschein, als hätte die CDU-Führungsmannschaft für sich selbst bereits in diesem Sinne gewählt und eine weitere solide Oppositionskarriere dem Risiko einer namentlichen Festlegung im "Schattenkabinett Dregger" den Vorzug gegeben. Außer Frau Laurien und Dr. Schwarz-Schilling. Aber die eine hat als Trost ja noch ihre Kandidatur für den rheinland-pfälzischen Landtag, der andere die Chance, nach der Wahl wieder "der" kulturpolitische Sprecher der CDU in Hessen zu werden.

(-/ 22.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert